

2023

**Jahresrückblick
der Fraktion
Offenbach-Stadt**

DIE LINKE.
FRAKTION OFFENBACH-STADT

DIE LINKE. Fraktion Offenbach-Stadt nutzt das Gendersternchen, um Frauen, Männer und Menschen, die sich keinem oder mehreren Geschlechtern zuordnen, anzusprechen.

Jahresrückblick 2023 der Fraktion Offenbach-Stadt

Inhaltsverzeichnis

04

Inhaltsverzeichnis

05

Vorwort

unseres Fraktionsvorsitzenden Sven Malsy

06

Das sind wir

wir stellen uns vor

10

Unsere Anträge

alle Anträge, die wir im Jahr 2023 gestellt haben und das jeweilige Abstimmungsergebnis

12

Stadtentwicklung & Verkehr

Haus der Vereine, Sommerstraßen für Offenbach

15

Antidiskriminierung & Inklusion

Heimwegtelefon, Informationsbroschüren, Antidiskriminierungsstelle, Ermäßigter Eintritt für Menschen mit Schwerbehindertenausweis

18

Sozialpolitik

Kostengünstige Schwimmkurse, Anlaufstelle für psychisch erkrankte Menschen, Notunterkünfte

20

Digitalisierung

Richtlinie zur Softwarebeschaffung

21

Haushaltsrede

unseres Fraktionsvorsitzenden Sven Malsy

22

Impressum

Vorwort

Liebe Offenbacher*innen,

als Fraktionsvorsitzender der DIE LINKE. Offenbach-Stadt freue ich mich, Euch unseren Jahresrückblick 2023 präsentieren zu dürfen. Auch in diesem Jahr haben wir uns mit großem Engagement für die Belange und Interessen aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt eingesetzt.

Unsere Arbeit war geprägt von dem steten Bestreben, Offenbach als lebenswerte und gerechte Stadt zu gestalten. Dabei lag unser Fokus auf wichtigen Themen wie (Anti-)diskriminierung, Stadtentwicklung, Verkehr und Sozialpolitik.

Dieser Jahresrückblick bietet Euch einen umfassenden Einblick in unsere Tätigkeiten, Erfolge und Ideen.

Wir hoffen, dass er Euch zeigt, wie engagiert und vielseitig wir uns für die Interessen aller Offenbacher und Offenbacherinnen eingesetzt

haben. Abschließend möchte ich Euch für Euer Vertrauen und Eure Unterstützung danken.

Wir freuen uns darauf, auch im kommenden Jahr mit Euch gemeinsam mit voller Kraft für unsere Stadt und die Menschen hier zu arbeiten.

Mit solidarischen Grüßen,

Sven Malsy

Fraktionsvorsitzender

Das sind wir



Sven Malsy

Fraktionsvorsitzender

Gremien: Haupt-, Finanz-, Digitalisierungs-, und Beteiligungsausschuss • Verbandversammlung Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach • AG Feste • AG Straßenbenennung

Aufsichtsräte: Stadtwerke Offenbach Holding

• Innovationscampus Offenbach • Stadiongesellschaft Bieberer Berg • SFO Sport und Freizeit



Gizem Erinç-Çiftçi

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Gremien: Kommission zur gesellschaftlichen Gleichstellung der Frau • Regionalversammlung Südhessen • Landeswohlfahrtsverband

- Betriebskommission ESO Stadtservice



Sophie Steiner

Stadtverordnete

Gremien: Jugendhilfeausschuss • Fachausschuss Hilfen zu Erziehung und Beratung • Ehrungskommission

- Sportkommission • Denkmalbeirat • Betriebskommission Eigenbetrieb Kindertagesstätten Offenbach

Aufsichtsrat: Offenbacher Projektentwicklungsgesellschaft



Marion Guth

Stadtverordnete

Gremien: Stellvertretende Stadtverordneten-
vorsteherin • Ausschuss für Soziales und
Integration • Betriebskommission MainArbeit
• Verwaltungsausschuss Jugendbildungswerk

Aufsichtsrat: GBO



Markus Philippi

Stadtverordneter

Gremien: Ausschuss für Umwelt, Stadtplanung,
und Verkehr • Volkshochschulkommission

Aufsichtsrat: Main Mobil Offenbach



Peter Schnell

Stadtverordneter

Gremien: Ausschuss für Kultur, Schule, Sport und
Städtepartnerschaft • Verwaltungsrat Sparkasse



Philipp Schumann

Ehrenamtliches Magistratsmitglied

Gremien: Hessischer Städtetag - Fachausschuss
Verkehr



Michael Hartmann

Gremien: Behindertenbeirat





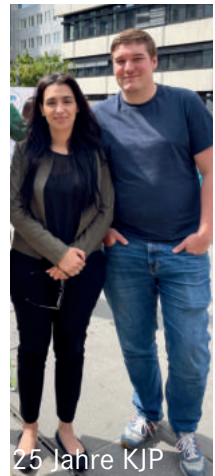
Gemeinsame Fraktionssitzung - Frankfurt & Offenbach



1. Mai Demo



1. Mai Demo



25 Jahre KJP



Fraktionsklausur



Girls'Day



1. Mai Demo

Unsere Anträge 2023

Vorrangige Beschaffung von Elektrofahrzeugen	mit Änderungsantrag angenommen
Niedrigschwellige Anlaufstelle für psychisch erkrankte Menschen einrichten	mit Änderungsantrag angenommen
Richtlinie zur Softwarebeschaffung	mit Änderungsantrag angenommen
Offenbach kooperiert mit dem Heimwegtelefon	angenommen
Notunterkünfte durch soziale Träger betreiben	abgelehnt
Offenbacher Interessen beim Schienenersatzverkehr durchsetzen	abgelehnt
Sommerstraßen für Offenbach	mit Änderungsantrag angenommen
Kostengünstige Schwimmkurse für Kinder bis 14 Jahre und freier Eintritt in den Sommermonaten nach erfolgreicher Teilnahme	abgelehnt
MainArbeit - Beschränkung der Minderjährigen-Haftung auch auf Altfälle anwenden	abgelehnt

Günstiger Eintritt für Schwerbehinderte bei städtischen Veranstaltungen	mit Änderungsantrag angenommen
Haus der Vereine	mit Änderungsantrag angenommen

Unsere Pressemitteilungen findest du unter diesem Link: **die-linke-of-stadt.de/category/nachrichten-der-fraktion**

Die einzelnen Anträge, die die Fraktion DIE LINKE. Offenbach-Stadt gestellt hat, sind hier nachzulesen:

pio.offenbach.de

Stadtentwicklung & Verkehr

Stadtentwicklung & Verkehrspolitik

Welche Schwerpunkte sollten in Offenbach bei der Entwicklung der Gebäude und Straßen gesetzt werden? Als Fraktion DIE LINKE wollen wir eine lebendige Stadt, in der die Menschen zusammenkommen und aktiv sein können – und zwar ohne dafür zwingend Geld ausgeben zu müssen. Zu diesem Anliegen haben wir 2023 unter anderem zwei Anträge gestellt:

Haus der Vereine

In Offenbach gibt es viele aktive Vereinen und Initiativen, welche die Stadt zu dem machen, was sie ist. Doch den meisten fehlt es für ihre wichtige ehrenamtliche Arbeit an Räumen, zum Beispiel für Versammlungen, Feste oder auch für Büroarbeiten. Das liegt einerseits daran, dass die Mietpreise viel zu hoch sind und andererseits, dass es einfach kein gutes Raumangebot in der Stadt gibt. Auch ein Ort, an dem Bürger*innen größere Feiern wie Hochzeiten oder Jubiläumsfeiern ausrichten möchten,

fehlt in Offenbach. Die Diskussion um ein Haus der Vereine gibt es hier schon länger, doch passiert ist bisher nichts. Daher haben wir beantragt, dass die Stadt ein Konzept für ein Haus der Vereine erstellen soll. Außerdem sollte geprüft werden, ob sich dafür die



ehemalige Post am Aliceplatz eignet. Das Gebäude steht schon seit längerem leer und wurde vor kurzem von der GBO, also der Baugesellschaft der Stadt Offenbach, gekauft. Da es mitten in der Innenstadt liegt, ist es einfach zu erreichen und durch seine Größe bietet es viele Möglichkeiten, Räume und Säle für Vereine zur Verfügung zu stellen.

Ein Haus der Vereine am Aliceplatz wäre erstens eine tolle Gelegenheit, etwas Gutes für die Offenbacher Vereine zu tun und zweitens die Innenstadt zu beleben. Denn wegen des vielen Leerstands, vor allem von großen Ladenflächen wie zum Beispiel dem riesigen ehemaligen Galeria Kaufhof, machen sich aktuell viele Menschen Sorgen, dass die Innenstadt nach und nach veröden wird. Uns ist wichtig, dass es nicht nur darum gehen soll, Kunden in die Geschäfte zu locken, sondern auch günstige oder kostenfreie Angebote zu schaffen – so wie ein Haus der Vereine!

Die Koalition aus (SPD, Grünen und FDP) hat leider auf die Bremse getreten und einen Änderungsantrag beschlossen. Statt eines echten Konzepts bekommen wir nun ein Bericht darüber, ob wir ein Haus der Vereine brauchen und



wie die Stadt bisher die Vereine unterstützt hat.

Sommerstraßen für Offenbach

Öffentlicher Raum ist in der Stadt ein knappes Gut. Es gibt wenige Orte, an denen man entspannt zusammenkommen kann. Das ist besonders im Sommer ein Problem, wenn sich die Menschen am liebsten draußen aufhalten. Nur wenige in Offenbach haben Balkons oder Gärten, die Parks sind schnell überfüllt, genauso wie unser einziges Freibad.

Eine gute Idee, wie man die Situation der Stadtbewohner*innen verbessern kann, kommt aus dem schwedischen Stockholm: Die Sommerstraßen. Seit einigen Jahren werden dort ausgewählte Straßen über die heißen Sommermonate zu verkehrsberuhigten Bereichen erklärt. Das bedeutet: weniger oder gar keine Autos. Stattdessen können sich die Menschen auf den Straßen treffen, um sich zu unterhalten, Spiele zu spielen oder Kaffee zu trinken. Ab und zu gibt es auch Veranstaltungen, wie Konzerte oder Ausstellungen.

Um die Straßen einladender zu machen, wurden Sitzgelegenheiten und Pflanzen aufgestellt. Das Projekt kam gut an, sodass auch Städte in Deutschland wie München und Saarbrücken einen Versuch damit gestartet haben.

Deshalb haben wir beantragt, dass die Stadt prüfen soll, wo in Offenbach solche Sommerstraßen ausprobiert werden könnten. Außerdem sollte der Magistrat ein Konzept erarbeiten: Mit welchen Mitteln kann man die Straßen beleben und gestalten? Sollen Fahrzeuge noch durchfahren können? Wie regelt man den Straßenverkehr um die Sommerstraßen herum?

Diese Fragen sollten unbedingt vorher geklärt und im Anschluss mit den direkten Anwohnern*innen ausgearbeitet werden. Außerdem war uns wichtig, dass das Projekt wissenschaftlich begleitet wird, sodass wir sehen können, wo es zu Problemen kommt und wie man es in Zukunft besser machen könnte. Wir wollten damit einen Prozess anregen, wie der Straßenraum neu



organisiert werden könnte – mit positiven Auswirkungen auf das Stadtklima und die Gesundheit, mehr Gemeinschaft, mehr Freiraum, mehr sozialer Teilhabe und einem ruhigeren Verkehr, ohne dass das Auto komplett verbannt wird.

Die Koalition wollte lieber einen Änderungsantrag beschließen. Statt eines echten Konzepts für Sommerstraßen sollen nun die bürokratischen Hürden für Bürger*innen erleichtert werden, um Straßenfeste zu organisieren oder selbst Sommerstraßen anzuregen. Wir finden, dass die Stadt hier vorangehen und nicht alles den Bürger*innen selbst überlassen sollte.

(Anti-)diskriminierung

Noch immer werden in unserer Gesellschaft, auch in Offenbach, Menschen wegen ihrer gedachten oder tatsächlichen Zugehörigkeit zu einer Gruppe benachteiligt und ausgegrenzt. Als Fraktion haben wir im letzten Jahr mehrere Anträge gestellt, um gegen Benachteiligung vorzugehen und Maßnahmen der Antidiskriminierung in Offenbach voranzubringen.

Heimwegtelefon

Wenn Menschen nachts unterwegs sind, fühlen sie sich häufig unwohl. Vor allem Frauen und queere Menschen erleben im öffentlichen Raum sexualisierte Rufe, Beleidigungen oder körperliche Gewalt. Diese Erfahrungen schaffen vor allem nachts ein Unsicherheitsempfinden und schränken die Betroffenen ein.

Deshalb haben wir beantragt, dass Offenbach eine Kooperation mit dem gemeinnützigen Verein Heimwegtelefon erarbeitet. Der Verein bietet nachts einen Telefondienst an. Dort können Menschen



anrufen, die zu später Stunde alleine unterwegs sind und sich dabei unwohl fühlen. Wenn der Notfall eintritt, verständigt der Verein die Polizei und Rettungsdienste. Das Heimwegtelefon ist keine All-Round-Lösung, aber sie bietet insbesondere Frauen und queeren Menschen eine Strategie an, Sexismus und LGBTQ-Feindlichkeit im öffentlichen Raum entgegenzutreten. Der Antrag wurde angenommen und wir verfolgen gespannt die Gespräche der Stadt mit dem Verein Heimwegtelefon.

Informationsbroschüren auch in unterdrückten Sprachen

Der Ausländerbeirat stellte dieses Jahr einen wichtigen Antrag. Die Informationsbroschüre der Stadt für Neubürger*innen soll in möglichst vielen Sprachen aufgelegt werden, damit sich Menschen – auch in ihrer Sprache – schnell



zurecht finden können. Mit einem Änderungsantrag hat unsere Fraktion ergänzt, dass die Broschüre auch in Sprachen verfügbar sein soll, die nicht als nationalstaatliche Amtssprachen anerkannt sind, aber für die es in Offenbach Bedarfe gibt.

Beispielsweise ist das Sprechen, Schreiben und Publizieren auf Kurdisch in den Herkunftsstaaten mit staatlicher Verfolgung verbunden. Gleichzeitig leben in Offenbach viele Menschen kurdischer

Herkunft, deren Sprache hier von der Stadt nicht mitgedacht wird. Somit wird die Diskriminierung des Kurdischen weitergeführt. Leider wurde unser Antrag abgelehnt und somit die kurdische Sprache bei einem städtischen Angebot wieder einmal nicht wahrgenommen.

Antidiskriminierungsstelle der Stadt

Eine Antidiskriminierungsstelle ist ein Unterstützungsangebot für Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind. Betroffene können sich an sie wenden, um erlebte Diskriminierung zu verarbeiten und bei Wunsch auch Strategien zu entwickeln, um diskriminierende Zustände zu verändern. Der Antrag der Koalition hat allerdings diesen Auftrag einer Antidiskriminierungsstelle verwaschen.

Deshalb haben wir mit unserem Änderungsantrag eingebracht, dass eine Antidiskriminierungsstelle unabhängig von der Stadt agieren muss und auf Grundlage einer parteiischen Haltung im Sinne der Betroffenen arbeitet. Dazu gehört auch, dass sie neben

Beratungsarbeit einen politischen Auftrag hat und sich für die Interessen der Betroffenen von Diskriminierung in Offenbach einsetzt – im Zweifel auch gegen die Stadt.

Ziel einer Antidiskriminierungsstelle muss sein, dass sie zur institutionellen Veränderung in Offenbach beiträgt. Unser Antrag wurde abgelehnt. Unsere Fraktion wird die Antidiskriminierungsarbeit in Offenbach aufmerksam mitverfolgen.

Ermäßigter Eintritt für Menschen mit Schwerbehindertenausweis

Inklusion ist die Idee, dass alle Menschen mit und ohne Behinderung selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Dazu gehören auch Freizeitaktivitäten und Kulturveranstaltungen. Am Beispiel des diesjährigen Lichterfests zeigten sich aber gleich mehrere Barrieren beim Online-Ticketverkauf, die Menschen mit Behinderungen eine Teilnahme erschwert haben, sei es die intransparente Preisregelung oder der

unübersichtliche Ticketverkauf. Wir haben daher einen Antrag gestellt, mit dem wir für städtische Veranstaltungen eine einheitliche, leicht verständliche und zugängliche Ticketermäßigung für Menschen mit Schwerbehindertenausweis gefordert haben.



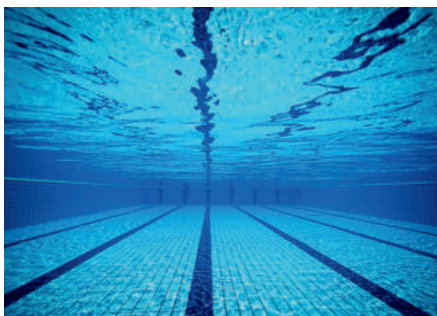
Menschen mit Behinderungen sind tagtäglich mit Hürden konfrontiert. Sie verfügen häufig über ein geringeres Einkommen als Menschen ohne Behinderung und haben hohe Kosten für medizinischen Bedarf und Assistenz. Ermäßigte Preise tragen dazu bei, dass Menschen mit Behinderung gleichberechtigt am kulturellen Leben teilnehmen können. Inklusion ist ein Menschenrecht, das leider zu oft vernachlässigt wird.

Sozialpolitik

DIE LINKE fordert, dass Menschen in schwierigen Lebenssituationen besser unterstützt werden. Dazu haben wir in diesem Jahr verschiedene Anträge gestellt: für kostenlose Schwimmkurse für Kinder und Jugendliche, zur Einrichtung einer Anlaufstelle für psychisch Kranke und dafür, dass Menschen in Notunterkünften Unterstützung durch Sozialarbeiter*innen bekommen.

Freier Eintritt ins Schwimmbad

Die Schwimmkurse in der Schule reichen nicht aus, damit Kinder richtig schwimmen lernen. Wichtig ist, dass Kinder auch nach dem Schulschwimmen weiter ins Schwimmbad gehen können – das darf nicht davon abhängen, ob ihre Eltern den Eintrittspreis bezahlen



können. DIE LINKE fordert deshalb günstige Schwimmkurse für Kinder und freien Eintritt ins Schwimmbad für Kinder, die an Schwimmkursen teilgenommen haben. So wollen wir Kinder ermutigen, nach einem Schwimmkurs weiter zu machen, die Bewegung im Wasser zu üben und zu sicheren Schwimmer*innen zu werden. Unser Antrag dazu wurde vom Stadtparlament leider abgelehnt.

Wohnungslosigkeit ist ein großes Problem in Offenbach. Seit Jahren müssen rund 500 Menschen in Notunterkünften leben. Betroffen sind viele Familien und Personen, die in einer persönlichen Krisensituation ihre Wohnung verloren haben und wegen der hohen Preise auf dem Wohnungsmarkt keine neue finden.

Notunterkünfte mit Fachpersonal betreiben

In den meisten Notunterkünften bleiben die Bewohner sich selbst überlassen und erhalten keine Unterstützung durch Sozialarbeiter*-

innen. Der Verlust der eigenen Wohnung ist aber meist der Tiefpunkt einer ganzen Reihe von Problemen, die die Betroffenen nicht bewältigen können. Es liegt auf der Hand, dass Menschen in dieser Situation mehr brauchen als nur ein Dach über dem Kopf.

DIE LINKE fordert, dass Notunterkünfte mit geeignetem Fachpersonal betrieben werden. Die Bewohner*innen können so ihre Probleme gezielter angehen und finden schneller wieder eine neue Wohnung. Offenbach darf sich mit der hohen Zahl von wohnungslosen Menschen nicht abfinden, sondern muss aktiv gegensteuern, um den Betroffenen wieder zu einem Zuhause zu verhelfen. Unser Antrag dazu wurde leider abgelehnt.

Anlaufstelle für psychisch erkrankte Menschen einrichten

Immer mehr Menschen leiden an psychischen Erkrankungen. Allerdings reagiert das Gesundheitssystem nicht angemessen auf diese Entwicklung. Es fehlt an Therapieplätzen, es fehlt an



innovativen Therapiekonzepten, es fehlt an der Begleitung der Betroffenen während und nach einer Krankheitsphase, es fehlt aber auch an Treffpunkten für die Betroffenen.


DIE LINKE fordert eine niedrigschwellige Anlaufstelle für psychisch erkrankte Menschen und ihre Angehörigen. Die Anlaufstelle führt die bestehenden Hilfsangebote unter einem Dach zusammen und dient als offener Treffpunkt, an dem sich Menschen mit psychischen Erkrankungen kennenlernen und austauschen können. Betroffene können so erkennen, dass sie mit ihren Problemen nicht alleine dastehen und dass ihnen verschiedene

Digitalisierung

Lösungswege offenstehen. Die psychische Erkrankung einer nahestehenden Person bedeutet auch für die Angehörigen eine extreme Belastung. Sie versuchen oft, die Betroffenen aufzufangen, sind aber mit den Begleitscheinungen und Auswirkungen der Krankheitsbilder meist überfordert. Wichtig ist, auch dem Umfeld der Betroffenen Angebote zum Erfahrungsaustausch und Informationen über mögliche Hilfsangebote zur Verfügung zu stellen.

Auch Kinder und Jugendliche leiden unter einer steigenden Zahl von seelischen Erkrankungen. Diese Altersgruppen brauchen besondere Angebote, die in Zusammenarbeit mit dem entsprechenden Fachpersonal umgesetzt werden müssen. Deshalb müssen auch die Bedürfnisse von jungen Menschen in das Konzept einer Anlaufstelle einfließen. Leider wurde unser Antrag zu einer Anlaufstelle für Menschen mit seelischen Erkrankungen abgelehnt.

Mit unserem Antrag zur Einführung einer Softwarerichtlinie soll die Verwaltung der Stadt Offenbach gut im 21. Jahrhundert ankommen. Statt auf proprietäre Lösungen zu setzen, die sehr teuer sind und abhängig vom Entwickler machen, soll quelloffene und damit leicht anpassbare, transparente und datensichere Software verwendet werden.



```
96     low = mid + 1;
97     else if (mid < 0)
98         high = mid - 1;
99     }
100     break;
101     if (low > high)
102         return -EINVAL;
103
104     low = mid;
105     while (low) {
106         seq = get_symbol_seq(low - 1);
107         off = get_symbol_offset(seq);
108         kallsyms_expand_symbol(off, namebuf, sizeof(namebuf));
109         if (compare_symbol_name(name, namebuf))
110             break;
111     }
```

Dieser Schritt in Richtung digitaler Autonomie könnte in Zukunft auch anderen Kommunen zugute kommen. Durch Erfahrungsaustausch und gemeinsames Weiterentwickeln von Software können Kommunen selbstständig eine einheitliche, maßgeschneiderte Softwarelösung erarbeiten. Ein gemeinsamer Änderungsantrag mit der Koalition wurde beschlossen.

Haushaltsrede

In der diesjährigen Haushaltsrede erörterte unser Fraktionsvorsitzender Sven Malsy anhand der Themengebiete Bauen, Wohnen und Soziale Dienstleistungen, was in Offenbach falsch läuft. Insbesondere Wohnungsnot und Einschnitte in die Sozialausgaben waren Thema. Er formulierte außerdem Kritik an der im städtischen Stellenplan bemerkbaren Entwicklung hin zu mehr Kontrolle und Überwachung und setzte sich mit den Haushaltsbegleitträgen der anderen Fraktionen auseinander.



Er machte klar: DIE LINKE hat Lösungen für die Probleme der Stadt, nämlich sozial gerechte Politik.

Falls Ihr die gesamte Haushaltsrede lesen möchtet, findet Ihr sie über diesen QR-Code:



Oder über folgenden Link:

<https://die-linke-of-stadt.de/2023/12/06/haushaltsrede-der-fraktion-2023/>

Jahresrückblick 2023 der Fraktion
DIE LINKE. Offenbach-Stadt
Dezember 2023

Impressum: DIE LINKE. Fraktion
Offenbach-Stadt
Berliner Str. 100
63065 Offenbach am Main
Telefon: 069 8065 2922

die-linke-fraktion@offenbach.de
www.die-linke-of-stadt.de
V.i.S.d.P. Sven Malsy
Fraktionsvorsitzender

Hast du Fragen, Anregungen oder
Kritik? Dann melde dich gerne
jederzeit bei uns.

DIE LINKE.
FRAKTION OFFENBACH-STADT